

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Bundesräte Marlies Steiner-Wieser, Markus Leinfellner  
und weiterer Bundesräte  
betreffend umgehende Einführung eines Kinderbetreuungs-Förderkonzeptes nach  
dem Berndorfer Modell

*eingebraucht im Zuge der Debatte über TOP 2, Beschluss des Nationalrates vom 21. September 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kinderbetreuungsgeldgesetz geändert wird (2718/A sowie 11070/BR d.B.) in der 945. Sitzung des Bundesrates, am 6. Oktober 2022*

Bei aller Betonung der Wahlfreiheit als Grundsatz der Kinderbetreuung erfolgt die Förderung in Österreich derzeit vorwiegend nur im institutionalisierten Bereich. Deshalb unterliegen die Ausgaben für Kinderbetreuung auch einer besonderen Dynamik.

Sowohl der Bund als auch die Länder gehen bei ihren Initiativen zur Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes immer von institutionalisierten Formen aus. Ausschließliches Ziel scheint die Erhöhung der Betreuungsquoten zu sein. Alternative Betreuungsformen spielen in den Überlegungen überhaupt keine Rolle. Dies widerspricht aber dem Gebot der Wahlfreiheit.

Die Gemeinde Berndorf in Salzburg hat hierzu einen völlig neuen Zugang gewählt und auch ein entsprechendes Förderungsmodell erarbeitet. Die Gemeinde gewährt Familien, die keine institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, einen Zuschuss in der Höhe eines Drittels der Differenz zwischen dem Kinderbetreuungsgeld und dem Mindestsicherungsrichtsatz.

Viele Familien haben sich für dieses Modell entschieden. Die Gemeinde Berndorf leistet derzeit eine Zuzahlung in der Höhe eines Drittels des erwähnten Differenzbetrages und will damit auch das Land und den Bund motivieren, sich an dieser neuen Form der Familienförderung zu beteiligen. Das Berndorfer Modell sieht sich als Ergänzung zum bestehenden Angebot und wird auch dem Gebot der Wahlfreiheit gerecht. Wenngleich sich auch andere Gemeinden bereits für den Berndorfer Vorschlag interessieren, so steht eine konkrete Umsetzung noch aus.

Das Berndorfer Modell zeigt die einzigartige Chance, einen neuen Weg einzuschlagen, der nicht mehr die Erreichung von Quoten und die Erfüllung von Zielen, die nicht ungeteilte Zustimmung finden, zum Gegenstand hat, sondern die Wünsche und Bedürfnisse der Familien in den Mittelpunkt stellt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Bundesräte folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den Ländern, auf Grundlage des sogenannten „Berndorfer Modells“ ein Förderkonzept zu erarbeiten und umgehend umzusetzen, welches die finanzielle Unterstützung von Eltern, die keine institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, vorsieht.“

Steuer-Wieser

(Stein)

(OFWESZ)

(LEINFELLNER)

